

Gernot Nerb und Anna Stangl

Der Indikator für das Weltwirtschaftsklima sank im April zum fünften Mal in Folge, liegt aber immer noch mit einem Wert von 97,5 (1995 = 100) über dem langfristigen Durchschnitt von 94,0 (1990–2004). Die neuen Umfrageergebnisse deuten weiterhin auf eine »weiche Landung« der Weltwirtschaft und nicht auf einen bevorstehenden Konjunkturreinbruch hin (vgl. Abb. 1). Hierfür spricht auch die Tatsache, dass sich die Erwartungen für die nächsten sechs Monate – anders als die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage – kaum verschlechtert haben. Offenbar rechnet die Mehrzahl der Befragungsteilnehmer mit einem Auslaufen des derzeitigen konjunkturellen Abkühlungsprozesses.

#### Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

- Die Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation haben sich weiter verschlechtert.
- Die wirtschaftlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind – wie schon bei der vorangegangenen Erhebung – leicht nach unten revidiert worden, blieben aber insgesamt positiv.
- Es wird keine Beschleunigung der Inflation erwartet.
- Der Trend leicht steigender Zinssätze hält an.
- Der Euro gilt weiterhin als deutlich überbewertet – eine Aufwertung des chinesischen Renminbi wird erwartet.
- 2005 wird mit einem globalen Wirtschaftswachstum von 3,1% gerechnet.

#### Konjunktorentwicklung in den Regionen

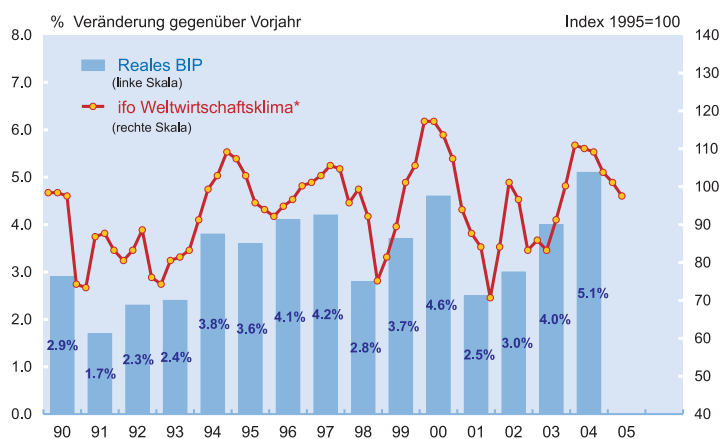
Die Aufschlüsselung nach Regionen zeigt, dass der Klimaindikator weiterhin im Eu-

ropa am stärksten zurückgegangen ist. Hier wird nunmehr der langfristige Durchschnitt deutlich unterschritten. Vor allem die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage haben sich erneut verschlechtert, aber auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate schwächten sich weiter ab, so dass der Abstand der Klimawerte für den Euroraum zum Rest der Welt noch größer geworden ist. Dies spricht dafür, dass die konjunkturelle Schwäche im Euroraum vorerst anhalten wird. Innerhalb des Euroraums haben sich nur in Irland und Finnland die hier ohnehin schon sehr positiven Urteile zur gegenwärtigen Wirtschaftslage weiter gebessert. Aus den anderen Euroländern wurde jedoch eine Verschlechterung der aktuellen Wirtschaftslage gemeldet, vor allem aus Italien, Portugal, Deutschland und Frankreich. Während in den meisten Euroländern die WES-Experten zumindest mit einer leichten Verstärkung des wirtschaftlichen Wachstums im Laufe der nächsten sechs Monate rechnen, trifft das Gegenteil für Spanien und Griechenland zu: In diesen beiden Ländern erwarten sie, ausgehend von einer

<sup>1</sup> Im April 2005 hat das ifo Institut zum 88. Mal seine weltweite Umfrage „Ifo World Economic Survey“ kurz WES, bei 1 118 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 91 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

Abb. 1

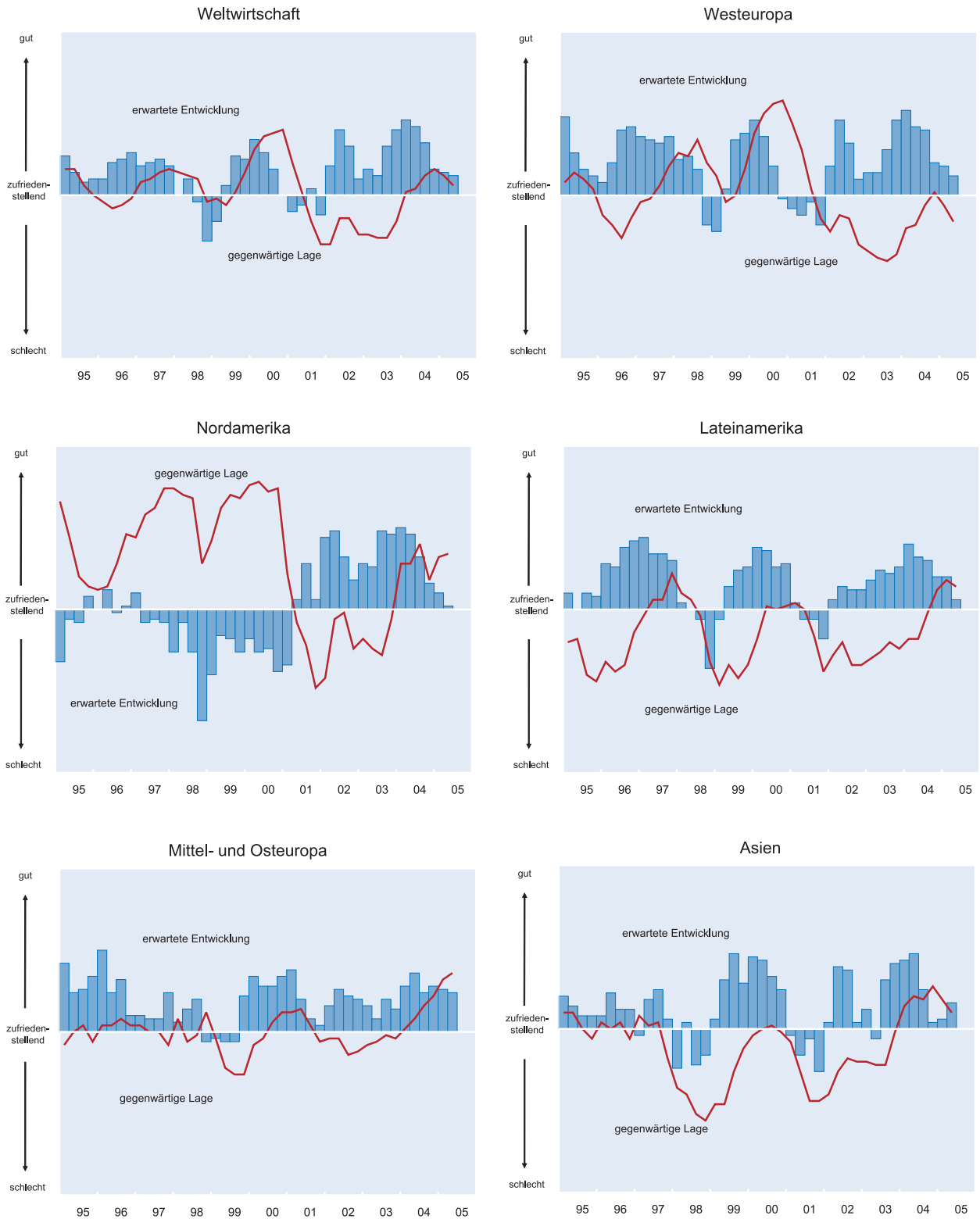
#### Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



\* ) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2005; Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2005.

**Abb. 2**  
**Wirtschaftliche Lage**



Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2005.

derzeit im Großen und Ganzen noch befriedigenden Wirtschaftssituation, im nächsten halben Jahr eine konjunkturelle Verlangsamung. In den Ländern außerhalb des Euroraums haben sich die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Schweden, Großbritannien, Norwegen und der Schweiz, ausgehend von einem sehr hohen Niveau, leicht verschlechtert. Die aktuelle Wirtschaftslage in Dänemark wurde dagegen weiterhin sehr positiv bewertet.

In den **USA** schwächte sich der Klimaindikator nur leicht ab, da dem spürbaren Rückgang der Erwartungen sogar eine leichte Verbesserung der aktuellen Lage gegenüberstand.

Anders als in den anderen Regionen stieg der Klimaindikator in **Asien** erstmals seit nahezu einem Jahr wieder an. Dies resultiert aus einer etwas günstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten in den nächsten sechs Monaten, die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage haben sich dagegen weiter verschlechtert. Dieses Muster reflektiert in erster Linie die Wirtschaftsstimmung in den beiden größten Volkswirtschaften der Region – Japan und China. In Indien, Taiwan, Thailand und Malaysia dagegen sind beide Komponenten des Klimaindex im April zurückgegangen. Nur in Südkorea und Hongkong fielen sowohl die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate positiver aus als in der vorausgegangenen Januar-Erhebung.

In den Ländern **Osteuropas** blieb das günstige Wirtschaftsklima erhalten. In allen acht neuen EU-Staaten wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation von den WES-Experten als »gut« eingeschätzt. In Albanien und Rumänien gingen die WES-Teilnehmer von einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses aus. In Kroatien und Bulgarien wurde die gegenwärtige Wirtschaftslage zwar etwas weniger günstig als in der vorangegangenen Januar-Erhebung beschrieben, die Einschätzungen blieben jedoch weiterhin über der »befriedigend«-Marke. Von allen osteuropäischen Staaten ließ nur in Serbien und Montenegro die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung laut WES-Experten noch zu wünschen übrig, doch auch hier sind die Erwartungen nach oben gerichtet.

Der Wirtschaftsklimaindex in den **GUS-Ländern**, vor allem in Russland, ist nach einem kleineren Rückgang im Januar 2005 wieder gestiegen. Sowohl die gegenwärtige Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für das zweite Halbjahr 2005 sind nach oben revidiert worden und zeigen einen insgesamt positiven Trend. In Kasachstan hat sich der Indikator für das Wirtschaftsklima zwar leicht verschlechtert, liegt aber immer noch auf sehr hohem Niveau. In der Ukraine ist das Wirtschaftsklima zwar nicht

so günstig wie in Russland und in Kasachstan, gilt jedoch als befriedigend.

Den aktuellen Ergebnissen der April-Umfrage zufolge ist der Wirtschaftsklimaindex in **Australien** erneut zurückgegangen. Die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation sind deutlich weniger positiv ausgefallen als in der Januar-Erhebung, nachdem sie im Oktober 2004 den historisch höchsten Wert erreicht hatten. Insgesamt rechneten die WES-Experten mit einer weiteren konjunkturellen Abkühlung in den kommenden Monaten.

In **Lateinamerika** hat sich die konjunkturelle Entwicklung, laut den Urteilen der Befragungsteilnehmer, insgesamt leicht abgeschwächt. Beide Komponenten des Klimaindex, Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage und Erwartungen für die kommenden sechs Monate, haben sich im April gegenüber der Januar-Erhebung leicht verschlechtert. Insgesamt deuten die Erwartungen für 2005 jedoch auf eine Stabilisierung auf dem derzeit relativ hohen Niveau hin. Die leichte Abkühlung des Wirtschaftsklimas auf dem lateinamerikanischen Kontinent resultiert in erster Linie aus der nicht mehr ganz so günstigen Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in Brasilien, Chile, Kolumbien, Paraguay und Uruguay. In Argentinien, Venezuela und Mexiko hat die wirtschaftliche Erholung dagegen weiterhin Fuß gefasst. Mit Ausnahme von Bolivien, Costa Rica, Ecuador und Paraguay sind in allen Ländern der Region die Aussichten für die zweite Hälfte 2005 positiv.

Die aktuelle Wirtschaftslage wurde in fast allen durch den WES erfassten Ländern des **Nahen Ostens** weiterhin als ausgesprochen positiv bewertet, vor allem in Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Von allen teilnehmenden Ländern der Region wurde nur im Libanon die aktuelle wirtschaftliche Situation unter der »befriedigend«-Marke bewertet. Die WES-Experten gingen jedoch von einer Besserung in den kommenden sechs Monaten aus. Nach mehr als dreijähriger wirtschaftlicher Stabilisierung ist der Klimaindex in der Türkei im April zum zweiten Mal in Folge leicht zurückgegangen. Sowohl die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind nach unten revidiert worden, blieben jedoch insgesamt auf einem befriedigenden Niveau. Arbeitslosigkeit, Auslandsschulden und öffentliches Defizit wurden als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme im Land genannt.

In **Südafrika** hat sich das Wirtschaftsklima leicht eingetrübt. Dies ist auf etwas weniger optimistische Erwartungen zurückzuführen, während die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage günstiger ausfielen als in der vorausgegangenen Januar-Erhebung. Somit blieb der Klimaindex insgesamt auf einem positiven Niveau. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und Mangel an qualifiziertem Personal auf der anderen Seite sowie die Aids-Epidemie sind laut WES-Teilnehmern die dominierenden Probleme in der Wirtschaft des Landes.

**Tab. 1**  
**Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2005**  
**(im April und Januar 2005)\***

Region	Q2/2005	Q1/2005	Region	Q2/2005	Q1/2005
<b>Durchschnitt der 91 Staaten</b>	<b>2,9</b>	<b>2,8</b>	<b>Mittel- und Lateinamerika</b>	<b>6,1</b>	<b>6,4</b>
EU (alte Mitglieder)	2,0	2,0	Argentinien	12,2	8,4
EU (neue Mitglieder) <sup>1</sup>	3,2	3,8	Bolivien	4,4	4,0
Euroraum <sup>2</sup>	2,0	2,0	Brasilien	6,4	6,2
<b>Westeuropa</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	Chile	2,7	2,4
Belgien	2,0	1,9	Costa Rica	12,7	11,5
Dänemark	1,8	2,0	Ecuador	1,9	2,4
Deutschland	1,6	1,6	El Salvador	4,4	4,3
Finnland	1,4	1,7	Kolumbien	5,3	5,2
Frankreich	2,0	2,0	Mexiko	4,6	4,7
Griechenland	3,4	3,2	Panama	1,3	1,3
Großbritannien	2,1	2,1	Paraguay	7,6	6,0
Irland	2,3	2,5	Peru	2,8	3,1
Island	4,0	3,2	Trinidad and Tobago	4,5	–
Italien	2,1	2,2	Uruguay	6,3	7,3
Luxemburg	2,3	2,3	Venezuela	19,7	22,0
Malta	2,4	–	<b>Asien</b>	<b>2,3</b>	<b>2,4</b>
Niederlande	1,6	1,5	Bangladesch	6,0	5,5
Norwegen	1,4	1,3	China V.R.	4,1	4,1
Österreich	2,2	2,1	Hongkong	1,4	1,5
Portugal	2,2	2,3	Indien	5,5	6,2
Schweden	1,2	1,5	Indonesien	6,9	6,6
Schweiz	1,0	1,2	Japan	0,1	0,1
Spanien	3,1	3,1	Korea	3,9	3,4
Zypern	3,0	2,5	Malaysia	2,3	2,6
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>3,7</b>	<b>4,3</b>	Pakistan	9,0	8,0
Albanien	3,4	3,7	Philippinen	6,8	6,9
Bosnien-Herzegowina	–	1,5	Singapur	2,0	2,3
Bulgarien	3,9	4,4	Sri Lanka	13,0	10,5
Estland	3,5	3,4	Taiwan	1,7	1,7
Kroatien	2,7	2,4	Thailand	3,3	3,2
Lettland	5,9	5,9	Vietnam	6,1	6,6
Litauen	2,6	2,5	<b>Naher Osten</b>	<b>5,6</b>	<b>4,7</b>
Polen	2,9	3,6	Bahrain	–	1,0
Rumänien	7,5	8,1	Iran	16,5	20,0
Serbien und Montenegro	10,9	12,0	Israel	2,3	1,9
Slowakei	3,7	4,4	Jordanien	3,1	3,7
Slowenien	3,0	2,8	Libanon	2,0	2,5
Tschechische Republik	2,4	3,0	Saudi-Arabien	1,4	1,6
Ungarn	4,2	5,1	Türkei	8,4	8,6
<b>GUS</b>	<b>11,2</b>	<b>10,0</b>	Vereinigte Arabische Emirate	4,7	3,7
Kasachstan	6,6	6,8	<b>Afrika</b>	<b>9,0</b>	<b>10,5</b>
Russland	11,3	10,3	Ägypten	8,1	7,0
Ukraine	13,2	10,5	Algerien	5,0	4,6
<b>Nordamerika</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	Kenia	10,0	11,0
Kanada	2,2	2,5	Marokko	3,0	1,8
USA	2,9	2,7	Mauritius	4,0	5,2
<b>Ozeanien</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	Nigeria	13,5	19,5
Australien	2,8	2,6	Südafrika	4,1	4,6
Neuseeland	2,6	2,6	Tansania	–	5,3
			Tunesien	2,8	2,7
			Simbabwe	170,0	170,0

\* Die Werte innerhalb der Regionen sind gewichtet gemäß dem Anteil der Länder am weltweiten Außenhandelsvolumen.  
–<sup>1</sup> Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (ab 1. Mai 2004).  
–<sup>2</sup> EU-Länder ohne: Dänemark, Schweden, Großbritannien.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2005.

### Keine Beschleunigung der Inflation erwartet

Im weltweiten Durchschnitt wird im Jahr 2005 mit einem Anstieg der Verbraucherpreise in Höhe von 2,9% gerechnet; dies

ist nur geringfügig höher als zu Jahresanfang erwartet worden war (2,8%; vgl. Tab 1).

Im *Euroraum* ist die Inflationsschätzung der WES-Experten für 2005 identisch mit der Preissteigerungsrate in 2004

(2,0%) und hat sich seit Jahresanfang nicht geändert. Wie schon im letzten Jahr wird die höchste Inflationsrate in 2005 in Griechenland und Spanien erwartet (3,4% bzw. 3,1%). Auf der anderen Seite herrschen die niedrigsten Inflationsraten 2005 in Finnland (1,4%), den Niederlanden und Deutschland (jeweils 1,6%) vor. Außerhalb des Euroraums liegen in Westeuropa die Inflationsraten wohl auch 2005 in der Schweiz (1,0%), in Schweden (1,2%) und in Norwegen (1,4%) sehr niedrig. Im Vereinigten Königreich (2,1%) dürfte sich die Inflationsrate in 2005 in etwa auf dem Niveau des Euroraums (2,0%) bewegen.

In den USA wird die Inflationsrate im Jahre 2005 weiter ansteigen; mit 2,9% liegt sie voraussichtlich in diesem Jahr etwas über der Marke, die von der US-Notenbank noch als tolerierbar angesehen wird (2,5%).

In Asien wird sich die Inflation wahrscheinlich etwas abschwächen (von 2,6% in 2004 auf 2,3% in 2005). Dies liegt vor allem an der voraussichtlichen Preisentwicklung in China (Inflationsrückgang von 4,8% in 2004 auf 4,1% in 2005) und in Indien (von 7,0% in 2004 auf 5,5% in 2005). Ausnahmen von diesem Trend zur Inflationsabschwächung sind vor allem Länder wie Sri Lanka (von 8,0% in 2004 auf 13,0% in 2005; zu Jahresanfang 2005 wurde noch eine etwas geringere Inflation in Höhe von 10,5% erwartet) und Pakistan (voraussichtlicher Anstieg von 6,8% in 2004 auf 9,0% in 2005). In Japan scheint die Deflation vorbei zu sein, wenngleich sich die Preise vorerst nur auf niedrigem Niveau stabilisieren und in 2005 kaum ansteigen werden (0,1%).

In Osteuropa wird sich nach den Erwartungen der WES-Experten die Inflation im Laufe des Jahres 2005 weiter zurückbilden (von 5,1% in 2004 auf 3,7% in 2005). Die höchsten Inflationsraten in dieser Region werden auch 2005 voraussichtlich in Serbien-Montenegro (10,9%; 2004: 10,3%) vorherrschen und die niedrigsten Raten voraussichtlich in der Tschechischen Republik (2,4%), in Litauen (2,6%) und in Polen (2,9%).

In den GUS-Ländern wird von den WES-Teilnehmern die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 nunmehr etwas höher als noch zu Jahresanfang gesehen (11,2% nach erwarteten 10,0% im Januar 2005 und 10,8% im Vorjahr). Die Korrektur nach oben hängt vor allem mit den in den letzten Monaten gestiegenen Inflationserwartungen in Russland (nunmehr 11,3%, nach 10,3% zu Jahresanfang) zusammen. Deutlich niedriger als im GUS Durchschnitt wird auch 2005 die Inflation in Kasachstan sein (6,6%).

### Nur leichter Zinsanstieg erwartet

Der im Weltdurchschnitt nach oben gerichtete Trend der kurzfristigen Zinsen wird sich nach Ansicht der WES-Ex-

perten in den nächsten sechs Monaten im bisherigen moderaten Tempo fortsetzen. In den USA, in Hongkong und auch in China ist der Anteil der Befragten, die in nächster Zeit Zinsanhebungen erwarten, weiterhin deutlich höher als im Gesamtdurchschnitt. Es gibt nur wenige Ausnahmen, wo mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet wird; diese Meldungen konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Türkei, Kroatien, Ungarn, die Slowakei und in geringerem Grad auf Polen und Russland.

Parallel zu dem erwarteten moderaten Anstieg der Kurzfristzinsen werden sich im weltweiten Durchschnitt auch die Kapitalmarktzinsen, d.h. die langfristigen Zinsen, die sich am Markt ergeben, nur leicht erhöhen. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der WES-Experten, die mit einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen im Lauf der nächsten Monate rechnen, weiterhin in den USA, in Australien, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Hongkong, Singapur, auf den Philippinen, auf Taiwan, in Argentinien und in Chile.

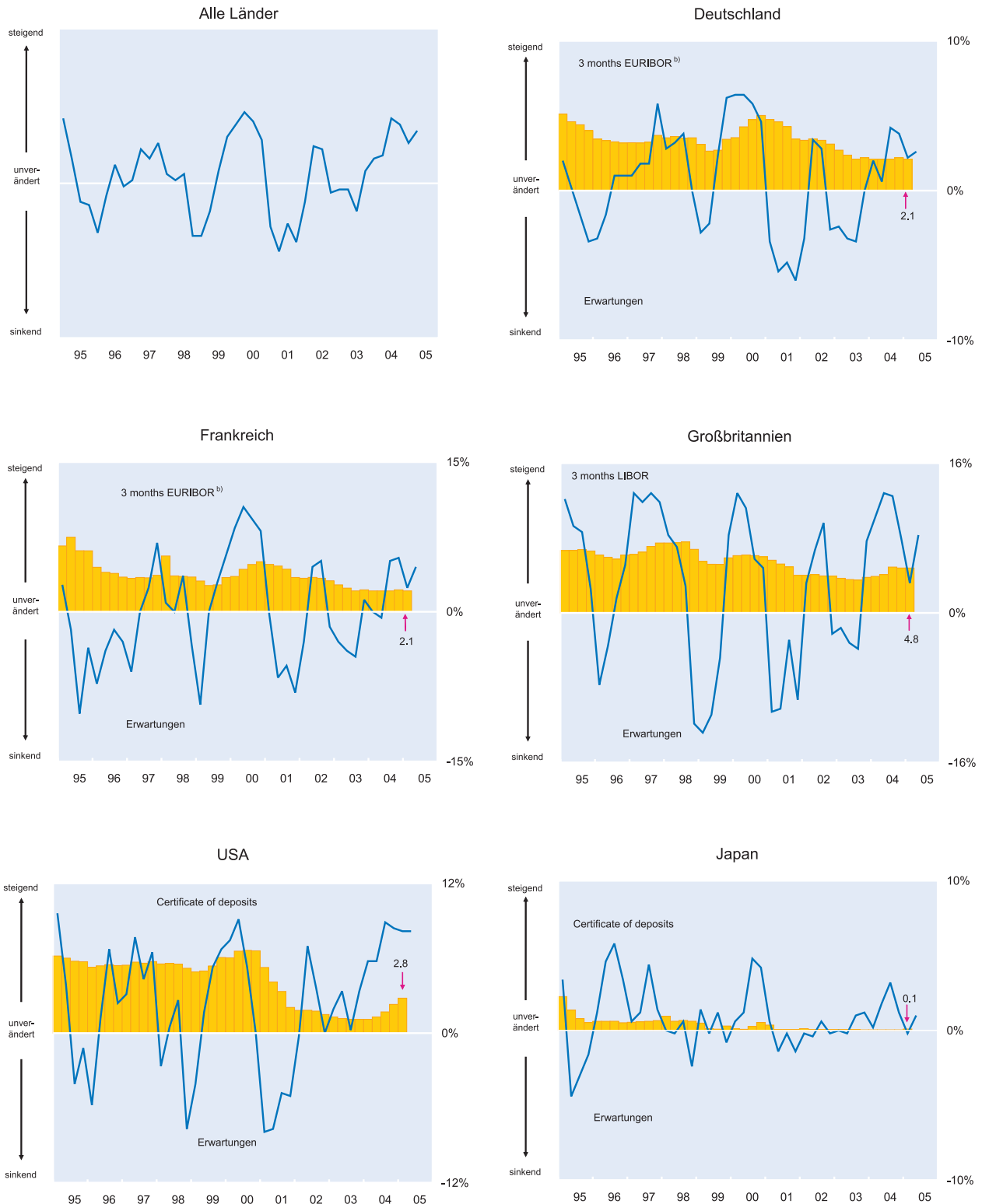
### Der Euro gilt weiterhin als überbewertet – Aufwertung des chinesischen Renmimbi erwartet

Häufiger als in den vorangegangenen zwei WES-Umfragen wurde der US-Dollar gegenüber dem Durchschnitt der anderen Währungen in den insgesamt untersuchten 91 Ländern als unterbewertet eingestuft. Auf der anderen Seite gelten der Euro und das britische Pfund nach wie vor als überbewertet, während der japanische Yen als mehr oder weniger angemessen angesehen wird (vgl. Abb. 4). Diese Einschätzung der vier Hauptwährungen (US-Dollar, Euro, Yen und britisches Pfund) herrscht in nahezu allen 91 Ländern vor, die in die Umfrage einbezogen wurden. Ausnahmen davon sind in Europa vor allem Norwegen und Dänemark, wo der US-Dollar, aber auch der Euro und das britische Pfund als überbewertet gelten. Außerhalb Europas wird im GUS-Raum – in Kasachstan, Russland und der Ukraine –, in Asien, vor allem in China, aber auch in Indonesien und Malaysia, sowie in einigen lateinamerikanischen Ländern, wie Brasilien und Mexiko, die eigene Währung generell als unterbewertet beurteilt.

Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, dass die tatsächlichen Wechselkurse in erheblichem Maße über- oder unterschieden können. Aus diesem Grund wurde wiederum die Zusatzfrage gestellt, wie sich der US-Dollar vis-à-vis den jeweiligen anderen Währungen entwickeln wird. Gegenüber dem Durchschnitt der Währungen aller erfassten Länder wird der US-Dollar nach Ansicht der WES-Experten in den nächsten sechs Monaten annähernd stabil bleiben oder nur leicht nachgeben. Im Gegensatz dazu ist mit einer deutlichen Abwertung des US-Dollar gegenüber den Währungen in Australien, Neuseeland, Kanada, China, Indien, Südkorea, Ma-

**Abb. 3**  
**Kurzfristige Zinsen**

– Aktuelle Zinssätze<sup>a)</sup> und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –

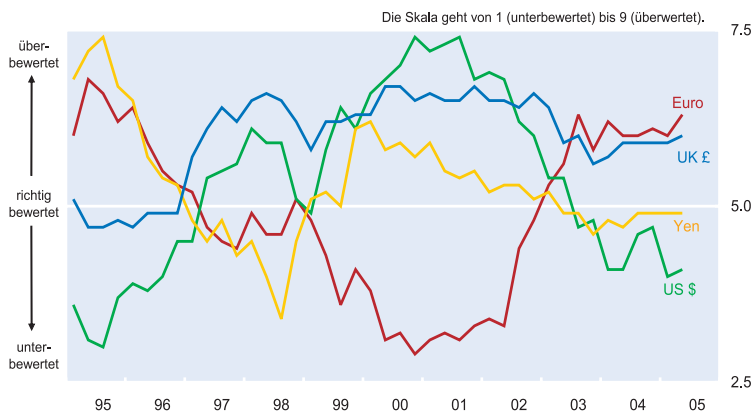


<sup>a)</sup> Quartalswerte OECD, Main Economic Indicators. <sup>b)</sup> Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2005.



Abb. 4  
Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q2/2005.

laysia und Taiwan zu rechnen. Auf der anderen Seite wird nach Ansicht der WES-Teilnehmer der US-Dollar vor allem gegenüber vielen osteuropäischen Währungen, aber auch einer Reihe von südamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Währungen an Wert gewinnen.

### Weltwirtschaft wächst 2005 voraussichtlich um 3,1%

Das Wirtschaftswachstum in den erfassten 91 Ländern dürfte 2005 bei durchschnittlich 3,1% liegen, nach ca. 3,8% in 2004.<sup>2</sup> Die im April letzten Jahres von den WES-Experten geäußerten Wachstumserwartungen (3,4%) sind damit um fast einen halben Prozentpunkt übertroffen worden. Mit einer ähnlichen Korrektur nach oben ist dieses Jahr nicht zu rechnen, da – wie eingangs dargelegt – die Weltwirtschaft nach einer vorübergehenden Abschwächungsphase nur langsam wieder Fahrt aufnehmen wird. Aber auch die erwarteten 3,1% in 2005 belegen, dass die Mehrheit der Befragungsteilnehmer von einem relativ robusten Wirtschaftswachstum ausgeht und keinen bevorstehenden Konjunkturreinbruch befürchtet.

### Wichtigste wirtschaftliche Probleme differieren stark von Land zu Land

Im weltweiten Durchschnitt werden »Arbeitslosigkeit« und »Öffentliche Defizite« gleichrangig als die vordringlichsten

wirtschaftlichen Probleme angesehen. Nach Ländern differenziert ergeben sich jedoch erhebliche Abweichungen in der Rangfolge der Probleme. Hierzu einige Beispiele:

Im Euroraum wird sowohl in Italien, Portugal und Griechenland die »mangelnde Wettbewerbsfähigkeit« als das mit Abstand wichtigste derzeitige wirtschaftliche Problem angesehen. Hier dürften sich die in den vergangenen Jahren höheren Preis- und Lohnsteigerungen niederschlagen, die nicht mehr wie früher durch Abwertungen der eigenen Währung kompensiert werden können.

In Deutschland, ebenso wie in Frankreich und Finnland, rangiert die »Arbeitslosigkeit« ganz oben auf der Liste der Probleme. An zweiter

Stelle – und damit deutlich weiter vorne als in allen anderen Euroländern – folgt in Deutschland die »zu geringe Binnen­nachfrage«. Dagegen wird eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland – ähnlich wie in Finnland, Österreich, Schweden und den Niederlanden – nicht als ein vorrangiges Problem angesehen.

In den USA werden ausschließlich die »Defizite bei den öffentlichen Finanzen« als ein gravierendes wirtschaftliches Problem angegeben.

In Australien stellt, nach Ansicht der WES-Experten, vor allem der »Mangel an Fachkräften« ein gravierendes Problem dar.

In einigen lateinamerikanischen Ländern, wie in Venezuela, Paraguay und in Ecuador, wird das »mangelnde Vertrauen in die Regierungspolitik« als das vorrangige wirtschaftliche Problem bezeichnet. Gleiches trifft auch für einige afrikanische Länder, vor allem Simbabwe, zu.

In China und Indien wird die »Arbeitslosigkeit« als das größte wirtschaftliche Problem gesehen; generell werden jedoch in diesen beiden Ländern – ebenso wie im Durchschnitt aller in die Untersuchung einbezogener asiatischer Länder – deutlich weniger häufig gravierende wirtschaftliche Probleme genannt, als dies insbesondere im Euroraum der Fall ist.

<sup>2</sup> Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, gewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welthandel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist. So weist der IWF in seinem World Economic Outlook für das vergangene Jahr ein weltwirtschaftliches Wachstum von 5,1% aus.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währungen sowie der April-Sonderfrage zum weltweiten Problem der Markenpiraterie findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

**Tab. 2**  
**Wachstumserwartung des realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) für 2005**  
**(im April 2005 und April 2004)\***

Region	Q2/2005	Q1/2004	Region	Q2/2005	Q1/2004
<b>Durchschnitt der 91 Staaten</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>Mittel- und Lateinamerika</b>	<b>4,2</b>	<b>3,3</b>
EU (alte Mitglieder) <sup>1</sup>	1,9	1,9	Argentinien	6,4	5,9
EU (neue Mitglieder) <sup>1</sup>	4,2	3,7	Bolivien	3,8	2,4
Euroraum <sup>2</sup>	1,7	1,7	Brasilien	3,9	2,9
<b>Westeuropa</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	Chile	6,0	4,3
Belgien	2,1	1,9	Costa Rica	3,2	3,8
Dänemark	2,5	2,1	Ecuador	3,5	4,4
Deutschland	1,0	1,5	El Salvador	2,6	2,7
Finnland	3,0	2,6	Kolumbien	3,9	3,8
Frankreich	1,9	1,6	Mexiko	3,8	2,6
Griechenland	3,3	4,0	Panama	3,3	3,8
Großbritannien	2,7	3,0	Paraguay	3,1	2,7
Irland	5,2	3,5	Peru	4,8	3,9
Island	6,8	3,5	Uruguay	5,6	5,9
Italien	1,2	1,2	Venezuela	6,0	5,1
Luxemburg	3,5	2,0	<b>Asien</b>	<b>4,1</b>	<b>5,2</b>
Malta	1,5	–	Bangladesch	4,8	5,3
Niederlande	1,4	1,3	China V.R.	8,5	8,4
Norwegen	3,4	2,5	Hongkong	4,8	5,3
Österreich	2,1	1,7	Indien	6,9	7,4
Portugal	1,4	1,0	Indonesien	5,8	4,3
Schweden	2,7	2,1	Japan	1,2	2,4
Schweiz	1,5	1,5	Korea	4,6	4,7
Spanien	2,6	2,6	Malaysia	5,6	5,7
Zypern	4,0	3,5	Mongolei	1,4	–
<b>Mittel- und Osteuropa</b>	<b>4,4</b>	<b>3,8</b>	Pakistan	6,8	5,5
Albanien	5,2	5,4	Philippinen	5,0	4,6
Bosnien-Herzegowina	5,5	–	Singapur	4,4	5,4
Bulgarien	5,0	4,3	Sri Lanka	5,2	5,5
Estland	5,7	5,1	Taiwan	4,1	4,6
Kroatien	3,7	3,2	Thailand	5,7	6,8
Lettland	6,9	6,3	Vietnam	7,3	7,2
Litauen	6,1	6,8	<b>Naher Osten</b>	<b>5,6</b>	<b>4,2</b>
Polen	4,5	4,0	Bahrain	6,0	6,5
Rumänien	5,5	4,7	Iran	6,0	4,5
Serbien und Montenegro	5,0	3,9	Israel	3,6	2,8
Slowakei	5,0	4,0	Jordanien	6,2	4,5
Slowenien	3,7	3,5	Kuwait	3,4	3,7
Tschechische Republik	3,8	3,0	Libanon	2,3	2,7
Ungarn	3,5	3,3	Saudi-Arabien	6,4	3,3
<b>GUS</b>	<b>6,7</b>	<b>6,3</b>	Türkei	5,0	5,3
Georgien	–	8,0	Vereinigte Arabische Emirate	7,8	5,0
Kasachstan	8,8	8,5	<b>Afrika</b>	<b>4,2</b>	<b>3,6</b>
Russland	6,0	6,5	Ägypten	4,8	3,7
Ukraine	8,1	6,3	Algerien	7,0	5,2
Usbekistan	–	0,5	Kenia	2,0	2,9
<b>Nordamerika</b>	<b>3,0</b>	<b>3,6</b>	Marokko	2,5	3,0
Kanada	2,4	2,9	Mauritius	4,0	5,0
USA	3,2	3,8	Nigeria	5,6	4,0
<b>Ozeanien</b>	<b>2,7</b>	<b>3,4</b>	Südafrika	3,7	2,7
Australien	2,7	3,5	Tansania	–	5,6
Neuseeland	2,8	2,7	Tunesien	4,5	4,7
			Simbabwe	–2,0	–7,0

\* Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet.

– <sup>1</sup> Tschechische Rep., Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei (ab 1. Mai 2004).

– <sup>2</sup> EU-Länder ohne: Dänemark, Schweden, Großbritannien. – <sup>3</sup> Australien, China V.R., Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam. – <sup>4</sup> Algerien, Iran, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES), Q2/2005.